

Laibacher Zeitung.



Nr. 256.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Freitag, 7. November.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1879.

Nichtamtlicher Theil.

Das österreichische Budget pro 1880.

Ueber das „Budget pro 1880“ enthält die „Montags-Revue“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen: „Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1880 ist kaum in den Händen des Abgeordnetenhauses, als er auch schon Gegenstand der heftigsten und, wie wir wohl nicht verschweigen dürfen, auch der oberflächlichsten Angriffe von vielen Seiten bildet. Die Thatsache, daß in der Administration sehr weitgehende Ersparungen erzielt wurden, Ersparungen, von welchen einzelne, wie z. B. die 1 1/2 Millionen bei der Grundsteuerregulierung, eine geradezu verblüffende Wirkung gemacht haben und doch innerhalb weniger Tage schon vergessen sind, daß man von der Verminderung des diesjährigen Deficits von 21 Millionen auf 12.7 Millionen im Jahre 1880 nicht mehr spricht, ist für denjenigen leicht begreiflich, welcher die österreichischen Verhältnisse kennt. Solche Dinge vergessen sich leicht! Die Haupteinwendungen betreffen nicht so sehr die Ziffern des Staatsvoranschlages, als die zur Bedeckung des Deficits vorgeschlagenen neuen Steuern. Wir kennen, daß die in dieser Beziehung geübte Kritik des Führers der Verfassungspartei uns befremdete. Es ist nur auf die Captivierung des eigenen Urtheils entziehenden Theiles der Bevölkerung berechnet, wenn man sich darauf beruft, daß die Erhöhung der Petroleumsteuer und der Tarif für gewisse Gebüren bloß durch die Abwehr der Verfassungspartei bisher nicht zustande kamen. Wenn diese Partei heute wieder ein Cabinet zu bilden hätte und diese Regierung sich die Aufgabe stellte, das Deficit zu beseitigen, so müßte sie wie das frühere versassungstreue Ministerium zu den nämlichen Quellen einer Erhöhung der Einnahmen zurückkehren, weil es andere, weniger drückende nicht gibt. Freilich eine Methode existiert, um das Land anstatt mit einer Mehrbelastung von 12.7 Millionen nur mit 800,000 fl. zu beschweren: man brauchte zur Bedeckung des Abganges nur 16 Millionen Goldrente zu verkaufen. Aber das Ministerium Taaffe will nun einmal keine Schulden mehr machen und meint, daß ein Land, welches eine Summe von 400 Millionen factisch ausbringt, auch imstande sei, eine Erhöhung um 3% zu ertragen; es setzt voraus, daß ein Staat mit 8 1/2 Millionen Steuerträgern keineswegs ruiniert werde, wenn per Kopf (der factischen Steuerträger) eine Steigerung von 1 fl. 50 fr. eintritt. Ist ja doch die Verfassungspartei daran schuld, daß die Steuerreform seit 20 Jahren und die Personal-Einkommensteuer seit 5 Jahren nicht durchberathen und angenommen wurde? Wäre die erstere vollzogen oder hätte

nur die letztere das Abgeordnetenhause passieren können, dann würde Herr von Chertel nicht nöthig gehabt haben, Quellen aufzuthun, die man schon wegen ihrer mäßigen Ergiebigkeit nur im Falle der Noth eröffnet und welche die Regierung selbst nur als Aus Hilfsmittel für die Dauer eines einzigen Jahres in Anspruch nehmen will.

„In der Transportsteuer sieht Herr Dr. Herbst ebenfalls einen Angriff auf die Armen, welche infolge der erhöhten Reisegebühr nicht mehr zum Einkauf nach Wien werden fahren können. Auch das ist leichter gesprochen als nachgewiesen. Die Abgabe besteht ohne Gefahr und ohne schädlichen Einfluß auf den Verkehr der Reisenden fast überall im Auslande, und sie hat auch in viel höherem Maße bis vor ganz kurzem in Oesterreich bestanden. Nur hat sie nicht der Staat, sondern — das unsere Titres besitzende Ausland eingehoben. Oder traf das bis zu 40 pCt. gestiegene Agio, welches die Reisenden zu der normalen Transportgebühr zahlen mußten, milder als die 10proc. Steuer, welche die Regierung jetzt, wo dieses Agio aufgehört hat, verlangt? Und haben jene enormen Zuschläge auf den Verkehr hemmend gewirkt, oder ist nicht vielmehr die Zahl der reisenden Personen in einer aufsteigenden Progression begriffen? Die Opposition hat es leicht, sie übernimmt die Aufsehung von Steuervorlagen, ein allezeit populäres Geschäft. Allein sie wird auch hier kaum zur That gelangen. Das Ziel der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte ist ein so großes, daß alle kleine Bedenken, mögen sie auch berechtigt sein, dagegen verstummen müssen. Um wie viel mehr die unbegründeten!“

Der „Sonn- und Feiertags-Courier“ äußert sich über das Finanzexposé: „Der Leiter des Finanzministeriums hat es in seinem Exposé selbst ausgesprochen, daß es ein großes Opfer ist, welches die Regierung durch die neuen Steuerforderungen den Steuerträgern zumuthet. Aber ohne ein solches Opfer ist nun einmal die endliche Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte nicht durchzuführen. Die Reducierung des Verwaltungsaufwandes läßt sich nicht mit einem male von heute auf morgen, sondern nur nach und nach durch zweckmäßige Reformen in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes bewerkstelligen, und eine solche Reform der Steuergesetzgebung, wodurch nicht nur eine gerechtere Vertheilung der Steuern, sondern auch eine namhafte Erhöhung des Staatseinkommens erreicht werden soll, braucht Zeit. Das Schuldenmachen aber soll sogleich aufhören. Es müssen also für die Uebergangsperiode Einnahmsquellen geschaffen werden. Daß dieselben nur in neuen oder erhöhten Steuern bestehen können, ist klar. Neue Steuern fallen stets lästig, sie mögen auf was immer für Objecte gelegt werden, und

da man begreiflicherweise mit Vorliebe Gegenstände eines starken Verbrauches zu Steuerobjecten wählt, da wenig gangbare Artikel einen zu geringen Ertrag liefern würden, so wird durch die neue oder erhöhte Besteuerung regelmäßig ein großer Theil der Bevölkerung empfindlich getroffen. Popularität kann man unter diesen Umständen von einer Maßregel, wie es die Auflegung neuer oder die Erhöhung bestehender Steuern ist, nicht verlangen. Aber in dem vorliegenden Falle heiligt wirklich der Zweck das Mittel. Wir erkennen in diesen Vorlagen den ersten ernstlichen Schritt zur Erreichung jenes großen Zieles, das uns allen seit langem vor schwebt. Die durchsichtige Klarheit des Exposés, mit welcher Herr von Chertel die Ueberreichung des Staatsvoranschlages begleitete, ist uns Bürge dafür, daß der Chef unserer Finanzverwaltung ehrlich und aufrichtig an jener großen Aufgabe arbeitet. Jeder gute Patriot wird ihn dabei unterstützen!“

Die Militärtage.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 3. d. M. wurde vom Finanzminister Grafen Szapary der bereits angekündigte Gesetzentwurf über die Militärtage eingebracht. Im Nachstehenden lassen wir die wesentlichsten Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes folgen:

§ 1 und 2 bestimmen, welche Individuen und für welche Zeit zur Entrichtung der Wehrsteuer verpflichtet sind, und zwar sind es diejenigen, welche wegen Untauglichkeit für immer aus den Listen gestrichen wurden, für die ganze Militärpflichtigkeitszeit; diejenigen, welche vor Ablauf ihrer Dienstzeit wegen eines körperlichen Gebrechens entlassen wurden, welches aber nicht eine Folge des Dienstes ist und die Betreffenden nicht erwerbsunfähig machte, für jedes Jahr der noch rückständigen Dienstzeit; diejenigen, welche in der letzten Altersklasse oder nach Austritt aus derselben im Sinne des Wehrgesetzes § 10 befreit oder im Sinne des § 40, Punkt c, entlassen werden, für jedes Jahr der zwölfjährigen Dienstzeit, während welcher die Befreiung oder Entlassung für die Betreffenden aufrecht steht; endlich diejenigen, die vor Ablauf der gesetzlichen Militärpflichtigkeitszeit aus der Monarchie auswandern.

§ 3 befreit von der Wehrsteuer die Erwerbsunfähigen, wenn sie vermögenslos sind, die Armen, welche öffentlich unterstützt werden, die im § 10 des Wehrgesetzes erwähnten Militärpflichtigen und die zum Landsturm Gehörenden in dem Jahre, für welches sie zur Dienstleistung einberufen sind. — Nach § 4 erlischt die Steuerpflicht mit dem Tode, ferner, wenn

Fenilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Mega“).

(Fortsetzung.)

„William nennt Sie Großmutter; darf ich Sie auch so nennen?“ fragte sie mit lieblicher Stimme. Die Züge der alten Frau verfinsterten sich. Der Rufs brannte auf ihrer Hand und die Stimme schmeichelte ihrem Ohr. Des Mädchens Schönheit hatte auch für sie etwas Bezaunderndes; aber dennoch blieb sie unbewegt.

„Es ist mir gleichgiltig, wie Sie mich nennen,“ sagte sie kalt. „Seien Sie so gut, mich zufrieden zu lassen.“ Das Mädchen fuhr erblickend zurück.

„Machen Sie sich nichts daraus, Valerie,“ sagte William. „Großmutter kümmert sich um niemanden in der Welt. Der Vater sagt, es habe sie früher ein großes Mißgeschick getroffen. Darf ich Ihnen mein Album zeigen, Valerie?“

Er holte sein Album herbei, und beide begannen die in demselben befindlichen Bilder zu betrachten. Kurze Zeit verstrich, und das Abendessen wurde aufgetragen. Niemand sprach während des Essens ein Wort; es herrschte eine gedrückte Stimmung. Es fiel Valerie auf, daß niemand nach ihrer bisherigen Lebensweise, nach ihren Bekannten oder sonstigen Dingen fragte.

Nach dem Essen begab sich Mrs. Reynold auf ihr Zimmer. Roberts Frau half der Magd in der Küche, seine Söhne entfernten sich gleichfalls, und so blieben Robert und seine Nichte allein in dem Wohnzimmer.

„Onkel,“ sagte das Mädchen nach längerem Schweigen, „ich fürchte, daß mein Kommen euch sehr ungelegen ist. Wenn das der Fall, so will ich morgen wieder fortgehen. Mrs. Peason ist zwar abgereist, aber ihr Mann ist noch in Warwick und wird mir ein Unterkommen verschaffen.“

„Ich will sogleich an ihn schreiben und ihm die Nothwendigkeit vorstellen, daß er bald für Sie eine Stelle finden muß,“ erwiderte der Farmer. „Valerie, Ihre Anwesenheit ist uns peinlich, und Sie müssen sich hier unglücklich fühlen, aber Sie können hier bleiben, bis Mr. Peason eine Stelle für Sie gefunden hat.“

Ein bekümmertes Ausdrück flog über des Mädchens Gesicht.

„Sind wir sehr entfernte Verwandte, Onkel Robert?“ fragte sie nach einer kurzen Pause.

Mr. Reynold nickte.

„Ich wußte, daß unsere Verwandtschaft nicht sehr nahe sein konnte,“ sagte Valerie, und ihre Lippen zitterten. „Sie sind sehr gütig gegen mich gewesen, Sir, und ich danke Ihnen von ganzem Herzen dafür. Mrs. Peason sagte, daß Sie für meine Erziehung gesorgt haben. Eines Tages,“ fügte sie mit hohem Stolz hinzu, „wenn ich erst dazu imstande

sein werde, will ich Ihnen Ihre Güte mit freudigem Herzen zu vergelten suchen.“

„Ich habe nichts von Ihnen zu verlangen,“ sagte Mr. Reynold mit unsicherer Stimme. „Es befindet sich eine kleine Geldsumme für Sie in meinen Händen. Sie ist noch nicht ganz erschöpft, obwohl ich sie sehr stark habe angreifen müssen.“

„Wer gab Ihnen das Geld für mich?“ fragte Valerie rasch.

„Niemand. Es ist ein Fond, der zu einem andern Zweck in meinen Händen gelassen wurde.“

„Für wen war das Geld bestimmt?“ fiel das junge Mädchen ihm aufs neue ins Wort.

„Das kann ich Ihnen nicht sagen,“ gab Reynold ausweichend zur Antwort, „fragen Sie mich nicht danach, Valerie. Da kommt meine Frau. Ich warne Sie, irgend solche Frage an sie zu richten.“

Es war nicht wahrscheinlich, daß Valerie sich in der Sache, die ihre ganze Seele erfüllte, an Mrs. Reynold wenden würde, die auf sie zutrat und ihr ein Licht reichte.

„Es ist Zeit, daß Sie zu Bett gehen,“ sagte sie mit kalter Stimme.

Valerie nahm das Licht, wünschte eine gute Nacht und entfernte sich. Als sie halb die Treppe hinauf war, fiel es ihr ein, daß sie Mr. Reynold von ihrem Koffer hätte fagen sollen. Rasch entschlossen kehrte sie um. Die Thür der Wohnstube war leicht angelehnt und sie vernahm die Stimme der Mrs. Reynold. Aber die Worte, welche die Frau sprach, hemmten Valeriens Schritt.

der Betreffende so verarmt, daß er öffentlich unterstützt werden muß.

Der Ertrag der Steuer wird nach § 5 verwendet zur Verbesserung der Invalidenversorgung, dann zur Versorgung der Witwen und Waisen derjenigen, die vor dem Feinde gefallen oder infolge der Kriegstrapazen gestorben sind; in zweiter Reihe zur Unterstützung der daheim bleibenden Familien der im Mobilisierungsfalle einberufenen dauernd Beurlaubten, Reservisten, Ersatzreservisten und Honveds. — § 6. Der zur Versorgung der Invaliden, Witwen und Waisen bestimmte Theil fließt in einen Fond, zu welchem Ungarn der Proportion seines Rekrutencontingentes entsprechend jährlich 857,470 fl. einzahlt. (Oesterreich zahlt, was über die obige Summe bis zu zwei Millionen nöthig ist.)

§ 10. Die jährlichen Steuersätze der Wehrsteuer sind die folgenden: 1.) Drei Gulden zahlen: a) die bei der Landwirtschaft, in Fabriken, bei kaufmännischen und industriellen Unternehmungen als Gefinde angestellten Individuen; b) die Tagelöhner. 2.) Vier Gulden zahlen: a) Hausgefinde; b) Gehilfen und Hilfsarbeiter in Fabriken, in kaufmännischen und industriellen Unternehmungen, wenn sie monatlich nicht mehr als 40 fl. erhalten oder wenn sie nach dem Stück arbeiten; c) Diurnisten und Schreiber, die keine fixe jährliche oder monatliche Bezahlung beziehen und überhaupt die Arbeiten von Schreibern, Rechnungsführern und Aufsehern in einem Geschäfte, Unternehmen oder bei einer Anstalt versehen, ohne fix angestellt zu sein; d) Hausierer, welche keinen fixen Geschäftsort haben. 3.) Sechs Gulden zahlen: a) Selbstständig, jedoch ohne Gehilfen arbeitende Handwerker; b) in kleinen oder großen Gemeinden mit Gehilfen arbeitende Handwerker. — 4.) Diejenigen Wehrpflichtigen, welche im Sinne des G.-A. 1875: 19, § 2, beziehungsweise des G.-A. 1875: 47, § 13 als Familienhäupter oder Familienmitglieder in die zweite und dritte Klasse der Erwerbsteuer gehören, oder im Sinne des G.-A. 1875: 27 die Bergbausteuer entrichten, haben als Wehrsteuer auf Grund der ihnen, respective dem Familienhaupte für das vorhergegangene Jahr vorgeschriebenen Gesamtsumme der directen Staatssteuern und des Grundentlastungs-Zuschlages zu zahlen: 5 fl., wenn die Basis der Steuer nicht größer als 50 fl. ist; 10 fl., wenn dieselbe zwischen 50 und 100 fl.; 20 fl., wenn dieselbe zwischen 100 und 500 Gulden; 40 fl., wenn dieselbe zwischen 500 und 1000 Gulden; 80 fl., wenn dieselbe zwischen 1000 und 3000 Gulden; 100 fl., wenn dieselbe mehr als 3000 fl. beträgt. 5.) Diejenigen Wehrpflichtigen, welche im Sinne des G.-A. 29, 1875, § 2, respective des G.-A. 47, 1875, § 13, als Familienhäupter oder Familienmitglieder in die vierte Klasse der Erwerbsteuer gehören, zahlen auf Grund der Gesamtsumme der ihnen im vorherigen Jahre als Familienhäupter, respective als Familienmitglieder vorgeschriebenen Staatssteuer und des Grundentlastungs-Zuschlages: 5 fl., wenn die Basis der Wehrsteuer nicht größer als 50 fl. ist; 10 fl., wenn dieselbe zwischen 50 und 100 fl.; 20 fl., wenn dieselbe zwischen 100 und 200 fl.; 40 fl., wenn dieselbe zwischen 200 und 400 fl.; 80 fl., wenn dieselbe zwischen 400 und 800 fl.; 100 fl., wenn dieselbe mehr als 800 fl. beträgt.

§ 18 bestimmt, daß die Wehrsteuer für 1879 am 1. April 1880, von 1880 an stets am 1. Jänner des nächstfolgenden Jahres fällig ist. Wer sie binnen der auf diese Termine folgenden nächsten 15 Tage

nicht bezahlt, gegen den sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuereintreibung anzuwenden. — § 19. Die Eintreibung und Verbuchung der Wehrsteuer geschieht so wie bei anderen Steuern. — § 20. Wehrpflichtige, die sich nicht melden oder die amtlich geforderten Daten zur bestimmten Zeit nicht einliefern, werden mit dem Drei- bis Sechsfachen des Wehrsteuerbetrages gestraft. Ortsvorstände und Stuhlrichter, welche die vorgeschriebenen Listen nicht rechtzeitig einreichen, ferner die Angehörigen, welche den Tod eines Wehrsteuerpflichtigen nicht rechtzeitig anmelden, werden mit 5 bis 50 fl. bestraft. — § 21. Geschieht die Bestrafung Wehrpflichtiger infolge einer Anzeige, so erhält der Denunciant ein Drittel der Geldstrafe. — § 22. Kann der zu einer Geldstrafe Verurtheilte nicht zahlen und ist er vermögenslos, so tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Arreststrafe, wobei ein Tag gleich 10 fl. zu rechnen ist.

Aus dem Motivenberichte, welcher dem Gesetzentwurfe beigegeben ist, heben wir Folgendes hervor: Im Wehrgesetz § 56 sind auch Ersatzreservisten erwähnt, wenn sie nicht einberufen wurden; hier nicht, denn sie können am Ende doch einberufen werden und dann müßten sie sowohl Steuer zahlen als auch factisch dienen, was ungerecht wäre. Die Wehrsteuer besteht schon seit Jahren in einigen Cantonen der Schweiz, und seit 1878 ist sie auf die ganze Schweiz ausgedehnt worden. Die Zahl der Steuerpflichtigen dürfte nach den bisherigen Erfahrungen jährlich 75,615 betragen; abgerechnet die Ersatzreservisten, die Erwerbsunfähigen und gänzlich Vermögenslosen, dürften jährlich 70,000 Individuen wehrsteuerpflichtig werden, was in zwölf Jahren 840,000 gibt. Den Steuerfuß mit durchschnittlich 4 Gulden angenommen, ergibt dies jährlich 3.360,000 Gulden; hievon ab die in den gemeinsamen Fond zu entrichtenden 857,470 fl., bleiben zur Unterstützung der Familien der Mobilisirten und für den Staat 2.502,530 Gulden. Diese Summe ist schon in das Budget für 1880 aufgenommen.

Das preussische Deficit.

Im preussischen Abgeordnetenhause legte am Samstag der Finanzminister Bitter den Staatsvoranschlag für 1880 bis 1881 vor und brachte hierbei dem Hause zur wenig angenehmen Kenntnis, daß nicht nur in dem Finanzjahre 1878 bis 1879 sich ein Deficit von $8\frac{3}{4}$ Millionen Mark herausgestellt habe, sondern daß auch im laufenden Etatsjahre sich während der ersten sechs Monate die Mindererträge auf 14 Millionen Mark belaufen, endlich daß sich das Gesamtdeficit für 1880 bis 1881 mit rund $47\frac{1}{2}$ Millionen Mark beziffere, und zwar $5\frac{1}{2}$ Millionen im Ordinarium und 42 Millionen im Extra-Ordinarium. Die Hauptschuld am Deficit trage die noch immer anhaltende Geschäftskrisis, der Stillstand im Handel und Verkehr. Dieses Deficit müsse durch eine Anleihe gedeckt, alle nicht unbedingt nothwendigen, namentlich Luxusausgaben müßten aufgeschoben werden, die strengste Sparsamkeit mit Vernunft und Vorsicht sei geboten. An einen Steuererlaß auf Grund der vom Reiche erhaltenen Ueberschüsse von 24 Millionen Mark könne selbstverständlich jetzt nicht gedacht werden. Weiter legte der Minister die Nothwendigkeit einer Steuerreform dar und stellte eine Börsen- und Banksteuer in Aussicht. Was die Frage wegen des Ankaufs der großen Eisenbahnen durch den Staat betrifft, erklärte sich der Minister entschieden dafür,

daß der Staat als solcher die unbedingte Disposition über die großen Durchgangslinien haben müsse, und daß es erwünscht sei, wenn diejenige Thätigkeit, welche jetzt in vielen Eisenbahnverwaltungen sich in einer Concurrenzthätigkeit entwickelt, sich zu einer mehr fruchtbaren Thätigkeit umgestaltet. Von dem Ankauf der Privatbahnen durch den Staat befürchtet der Minister eine Schwächung des Staatscredits nicht und ist der Ueberzeugung, daß eine Verzinsung des Anlagekapitals aus den Betriebseinnahmen sich vollaus werde ermöglichen lassen.

Die Rechte des Hauses spendete den Auseinandersetzungen des Ministers Beifall.

Zusammentritt der spanischen Cortes.

Am 3. d. M. sind in Madrid die spanischen Cortes wieder zusammengetreten. In einer Art königlicher Botschaft wurde den Cortes die bevorstehende Vermählung des Königs Alfonso mit der Erzherzogin Marie Christine von Oesterreich angezeigt, und der Finanzminister legte gleichzeitig einen Gesetzentwurf vor, durch welchen 450,000 Pesetas für die Civilliste der künftigen Königin und 250,000 Pesetas als jährliche Rente für den Fall der Wittwenchaft verlangt werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß dieser Entwurf nemienswerte Anfechtungen erfahren werde. Die Cortes werden sonach alsbald zu den anderen dringenden Angelegenheiten übergehen, und darunter steht bekanntlich die cubanische Frage in erster Linie. Wie man sich erinnert, war bei der Pacification der Insel durch den damaligen Generalgouverneur von Cuba und jetzigen Ministerpräsidenten Martinez Campos im Frühlinge des vorigen Jahres die Zusage bestimmter Reformen über die Vertretung, Verwaltung und Besteuerung der Insel und über die Lösung der Sklavenfrage ein Haupthebel für die endliche Beilegung des langjährigen Streites gewesen. Das vorige Ministerium Canovas del Castillo genehmigte die Abmachungen des Generalgouverneurs und überließ ihm bald darauf auch die Durchführung, indem es zu seinen Gunsten zurücktrat mit der ausdrücklichen Erklärung, das neue Ministerium Martinez Campos aufs beste unterstützen zu wollen. Die Reformvorschläge für Cuba wurden denn auch alsbald formuliert und den Cortes in der vorigen Session vorgelegt. Sie blieben wegen anderweitiger Geschäfte unerledigt, bildeten aber auch nach dem Sessionsschlusse den Gegenstand fortgesetzter Commissionsberatungen.

Beim Herannahen der neuen Session wurden diese Beratungen in der letzten Zeit wieder eifrig fortgesetzt, und es stellte sich eine wesentliche Differenz zwischen dem von der Commissionsmehrheit für zulässig und dem von der Regierung für nothwendig Erkannten aus. Die Commissionsmehrheit wollte nur eine Klassen- und stufenweise, bis in das Jahr 1890 sich hinziehende Aufhebung der Sklaverei zugeben und ebenso auch nur eine allmähliche Abänderung und Aufhebung der spanischen Handelsmonopole und Privilegien auf Cuba. Im Gegensatz zu diesen Commissionsbeschlüssen hat der Colonialminister in einem am 25. v. M. abgehaltenen Ministerrathe einen durchgreifenden Plan vorgelegt, wonach die Abschaffung der Sklaverei unmittelbar bei Veröffentlichung des Gesetzes erfolgen soll; die Freigelassenen sollen unter dem Schutze ihrer bisherigen Besitzer bleiben, welche verpflichtet sein sollen, ihnen Lohn zu geben; acht Jahre hindurch soll am Schlusse eines jeden Jahres der achte Theil der Freigelassenen vollständig frei werden, und zwar durch das Los. Außerdem hat der Ministerrath beschlossen, die Zölle auf Einfuhr von Cerealien nach der Halbinsel angefiht des Standes der Ernten nicht zu berühren. Dieses neue Project hält also ungefähr die Mitte zwischen dem früheren Regierungsentwurf und den Beschlüssen der Commissionsmajorität. Ob Martinez mit diesem Compromißentwurf mehr Glück haben wird, wird sich bald zeigen, denn eine abermalige Verschleppung der Angelegenheit scheint kaum möglich.

Zur Situation in Constantinopel.

Eine Entscheidung in Constantinopel ist noch nicht erfolgt. Die Möglichkeit, daß sich die Wage zu Gunsten Englands neigen werde, soll, nach einer Depesche der „Pol. Corr.“, keineswegs ausgeschlossen sein. „Trotzdem — heißt es in dieser Mittheilung — es ver lautet, daß der russische Botschafter Fürst Lobanow dem Sultan gerathen hätte, der Forderung Englands den äußersten Widerstand zu leisten, und daß der Sultan die Absicht habe, das Auftreten Sir H. Layards mit der Ernennung Mahmud Nedim Paschas zum Großvezier zu beantworten, glaubt man doch, daß der Sultan sich den Forderungen Englands fügen und ein Ministerium Scheireddin berufen werde.“ Die Haltung der Mehrzahl der Congress-Mächte und das Wiedererscheinen der englischen Flotte, die ihren Kurs nach den syrischen Gewässern gerichtet hat, werden es dem Sultan erleichtern, sich für die letztere Eventualität zu entscheiden. — Ueber die Unterredungen, welche Sir H. Layard in der vorigen Woche mit Mahmud Nedim gehabt hat, schreibt man der „Pol. Corr.“ unterm 31. October aus Constantinopel:

„Das kümmert mich nicht,“ hörte sie die Frau sagen. „Ich kann sie nicht freundlich behandeln, und ich werde es auch nicht versuchen. Ich hasse sie! Ich könnte sie demüthigen, indem ich ihr sage, wer sie ist und welch ein Fluch auf ihrer Geburt lastet.“

Es schwirrte dem jungen Mädchen vor den Augen und zitternd zog sie sich zurück. Sie schlich die Treppe hinauf, und eine geisterhafte Blässe bedeckte ihr Gesicht. Sie erreichte ihr Dachstübchen, verschloß die Thür und sank wie vernichtet auf ihr Lager nieder, trostlos vor sich hinstarrend.

„Was soll das bedeuten?“ fragte sie sich. „Ein Fluch auf meiner Geburt? Wer war meine Mutter?“

Stunde auf Stunde verging und immer legte sie sich diese Frage wieder vor, ohne daß sie der Wahrheit näher kam. Nur Eins war ihr klar: Es umgab sie ein Geheimniß, welches sie ergründen mußte.

„Ja, ich muß es erfahren, ehe ich dieses Haus verlasse,“ sprach sie endlich entschlossen zu sich selbst. „Ich will sogar Mrs. Reynold fragen, wenn es nothwendig ist. Ich darf nicht eher ruhen, bis das ganze Dunkel gelichtet ist. Wer war meine Mutter? Und lebt sie noch? O, ich muß dieses entsetzliche Geheimniß enträthseln, das meine Geburt umschleiert, von dessen Enthüllung meine ganze Zukunft abhängt und das mich jetzt so unglücklich macht.“

8. Capitel.

Das Bekenntnis eines Sterbenden.

Die achtzehn Jahre, welche seit der Verheiratung seines Sohnes, des Lord Oscar, verflossen, waren für

den alten Grafen von Saint Berry keine glückliche Zeit gewesen.

Seitdem Oscar auf den Wunsch seines Vaters die schöne Erbin Georgine Glanmore geheiratet, war derselbe wie umgewandelt worden. Er hatte seine früheren Bekanntschaften abgebrochen, seine Rennpferde verkauft und im wahren Sinne des Wortes ein neues Leben begonnen. Er wurde still und finster und in seinem Wesen lag eine Art Zurückhaltung und Scheu. Er mied die Gesellschaften, lebte sehr zurückgezogen, und unter der Last seines bösen Gewissens wurde seine Gesundheit wankend.

Von seinen früheren Freunden verkehrte nur noch einer mit ihm: Martin Clifford, der Mann, den der alte Graf für Oscars bösen Genius hielt, und der es in Wirklichkeit auch gewesen war.

Aber wie der junge Lord sich änderte, so änderte sich auch Clifford. Er gab seinen bisherigen Lebenswandel auf und empfing jahrelang von Oscar eine bedeutende Rente für seine Verschwiegenheit, bis er unerwartet eine ansehnliche Erbschaft machte, die ihn in den Stand setzte, ohne die Güte seines Freundes leben zu können.

Nachdem Lord Oscar von dem Selbstmorde der armen Emmy gelesen, hatte er Clifford beauftragt, für die Bestattung der Verbliebenen zu sorgen. Clifford hatte sich sofort auf den Weg gemacht, um den Auftrag auszuführen, erfuhr aber, daß der Leichnam nicht aufgefunden sei; er erhielt nur Emmys Trauring und die anderen Gegenstände, welche man auf der Waterloostraße gefunden hatte.

(Fortsetzung folgt.)

„Die beiden aufeinander folgenden Unterredungen, welche Sir H. Layard mit Mahmud Nedim Pascha gehabt, sind Gegenstand zahlreicher Commentare gewesen. In der ersten, am letzten Sonntag stattgehabten Besprechung war es Mahmud selbst, welcher dem englischen Botschafter die ersten Avancen machte; er äußerte sich nach bestem Vernehmen ungefähr wie folgt: „Man hat mich mit Unrecht als einen Gegner der englischen Politik betrachtet. Um die ganze Wahrheit zu sagen, ich war stets der Meinung und bin es noch heute, daß die Interessen Englands und der Türkei identisch seien, und daß diese Interessen ein vollkommenes Einvernehmen, ein enges Bündnis der beiden Länder gebieterisch fordern. Mehr als je bedarf das geschwächte, erschütterte und von so vielen Feinden bedrohte ottomanische Reich eines machtvollen und sicheren Alliierten. Ich sage sicher, denn Sie werden mir beipflichten, daß bei mehr als einem Anlasse die Politik der englischen Regierung der Türkei gegenüber eine unentschlossene und unsichere war, daß sie zuweilen sogar einer feindseligen ähnlich sah, und dies ist der Grund, warum wir kein volles Vertrauen zu ihr fassen konnten. Sollte es auch fernerhin so sein, so wären wir eben gezwungen, uns nach einer andern Seite hin zu wenden, anderwärts die Stütze zu suchen, deren wir bedürfen. Wenn aber Eure Excellenz uns versichert, daß wir auf England zählen können, so wird dieses keinen treueren Freund besitzen, als das ottomanische Reich.“

Sir H. Layard erklärte seinerseits, daß das Wohlwollen, die Unterstützung und der Schutz Englands für die Türkei von gewissen Bedingungen abhängig seien. Die Pforte müsse den Berliner Vertrag getreulich ausführen, ernstlich den Weg der Reformen betreten und in ihrer Politik sich sorgfältig jedes Actes, jeder Maßnahme enthalten, welche den englischen Interessen zuwiderlaufen würde. Mahmud erwiderte, daß ein Einvernehmen auf dieser Basis leicht, daß dieses Programm das seinige sei und daß er im Ministerrathe eine den Wünschen des englischen Botschafters absolut conforme Sprache geführt habe.

Von einer zweiten im Yali Mahmuds zu Bebek am letzten Mittwoch stattgefundenen Besprechung will man wissen, daß in die Details der namentlich in Kleinasien einzuführenden Reformen eingegangen wurde. Die Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Reformen wird von Mahmud Nedim vollständig anerkannt. Bei seinen Unterredungen mit den Chefs der Missionen, insbesondere mit dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger Ritter v. Kosjek, betonte er, daß er das Heil der Türkei nur in der sofortigen, energischen Ausführung der Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung, der Justiz und der Finanzen erblicke. Mahmud gab einen Beweis seiner Geschicklichkeit und Vorhersehigkeit, indem er dem Sultan rieth, Midhat Pascha auf dem Posten als Gouverneur von Syrien zu belassen. Möglicherweise wird es ihm gelingen, seinen ehemaligen Gegner Midhat in einen Anhänger umzuwandeln.“

Tagesneuigkeiten.

— (Der Troussseau der Frau Erzherzogin Marie Christine.) Wie das „Frdl.“ erzählt, wird die gesammte Brautausstattung Ihrer k. k. Hoheit der Frau Erzherzogin Marie Christine, der künftigen Königin von Spanien, am 12. und 13. November im Palais Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs Albrecht ausgestellt werden. Die Ausstellung wird die gesammten Toiletten und die Lingerie der Erzherzogin, die hier angefertigt wurden, umfassen, nur das Brautkleid wird in derselben nicht enthalten sein. Denn nach einer alten spanischen Sitte wird dasselbe in Madrid angefertigt und die Königsbraut erhält es erst nach ihrer Ankunft am Tage vor der Vermählung. Die erwähnte Sitte verpflichtet nicht allein den König, sondern in Spanien ist jeder Bräutigam, und sei er auch der geringste seines Standes, verhalten, seiner Braut das Hochzeitskleid zu schenken. Wie bereits bekannt, läßt König Alfonso in Madrid für die Königin überdies noch zwölf Toiletten anfertigen, das ist alter spanischer Königsbrauch. Die in Wien für die Erzherzogin angefertigten Toiletten stammen alle aus dem Atelier der Hoflieferantin Madame Barges, die bekanntlich seit langem eine der beliebtesten Confectionärinnen der Haute société ist.

— (Fiumaner Hafengebäude.) Ueber den Fortschritt der Bauten am Fiumaner Hafen im verflossenen Jahre und über die demnächstigen Arbeiten gibt das Ressortbudget des ungarischen Communications-Ministeriums interessante Aufschlüsse. Der Motivenbericht konstatiert, daß schon oft die Nothwendigkeit betont worden sei, eine Abschließung des Hafens herzustellen; wegen des heftigen Wellenschlages ist ein Abschlussmolo notwendig, um das Wasser des Hafenbeckens von dem äußeren Meerwasser zu trennen. Bisher wurden die präliminirten Beträge stets zur Bestreitung der Bauverordnungen aufgebracht, nun sind aber nur die Arbeiten am Wellendamme und der Bau eines zweiten Quais rückständig gewesen, und letzterer kann ohnehin nicht vor Herstellung der Abschließungsmoli gebaut werden. Auch traten im Laufe des Jahres Differenzen mit der Bauunternehmung „Entreprise générale des Chemins de Fer et des Travaux publics“ über die

Interpretierung einiger Vertragspunkte und über Fortsetzung und Vollendung des Baues, wozu sich auch Preiserhöhungsansprüche gestellt. Ein Vergleich war nicht herbeizuführen, und es mußte die Finalabrechnung vorgenommen und die Unternehmung ihrer Verpflichtung zur Bauvollendung enthoben werden. Zum Wellendamme fehlen 117,000 Tonnen diverser Steine und deren Aufmauerung, und diese Lieferung und Arbeit wurde zusammen mit dem Abschlussmolo im Offertwege vergeben. Die am 13. September stattgehabte Offertverhandlung ergab als wohlfeilstes Offert das der Fiumaner Firma Bianchini und Consorten mit 20.45 Procent Aufzahlung, so daß die auf 680,366 fl. 20 kr. veranschlagten Arbeiten um 819,454 fl. 15 kr. herzustellen sind. Die Differenz beträgt etwa die Hälfte der von der früheren Unternehmung gestellten Forderung; ein zweiter Concurrent verlangte zweimal so viel Aufzahlung. Das Ministerium will die Arbeit binnen zwei Jahren herstellen lassen.

— (Das Testament eines Sträflings.) Sonntag starb im Spitale des St. Wenzels-Strahauses in Prag der Sträfling Simon Gelly Weibol, aus Krnoszce, Gouvernment Warschau, gebürtig. Derselbe war einer der berühmtesten Garotters in Amerika, welcher mit seinen Complicen viele Eisenbahnreisende ums Leben brachte. Er sah sich in Folge der scharfen Verfolgung endlich in Amerika nicht sicher und entfloh nach Europa, wo er sein Garotterhandwerk in verschiedenen Reichen und Ländern weiter betrieb, bis ihn die Nemesis in Böhmen erreichte. Gelly Weibol wurde vom Kreisgerichte in Eger zu acht Jahren schweren Kerkers verurtheilt, da sich bei dem bezüglichen Strahfalle der verübte Mord nicht nachweisen ließ. Nach überstandener Strafe sollte er den amerikanischen Gerichten übergeben werden, wo er zweifelsohne dem Galgen verfallen wäre, wenn er nicht in Prag nach bisher fünfjähriger Kerkerstrafe gestorben wäre. Gelly Weibol litt an der Wassersucht. Bereits vor längerer Zeit wollte er sein 16,000 fl. in Borem betragendes Vermögen einem andern Sträfling cedieren, wogegen die Prager Gerichte Einsprache erhoben und in Folge dessen Dr. Voleslav Ritter v. Placzel als Curator bestellt wurde. Vor seinem Tode ließ der Sträfling einen Prager Notar kommen, und in Anwesenheit mehrerer Zeugen wurde das Testament ausgefertigt. Seinen legitimen Sohn in Massachusetts enterbte er, während er den Sohn seiner Schwester, Chaim Wolf in Plotskow, zum Universalerben einsetzte. Weiter testierte er für den Prager k. k. Strahausverwalter 800 fl., für die Herren Med.-Doctoren Slawik und Plumert je 400 fl., für zwei Strahausadjuncten je 400 fl., einem Aufseher 200 fl., einem zweiten 150 fl., einem Inspector 300 fl., für die katholische Kapelle im St. Wenzels-Strahause 200 fl. (der Verstorbene war Israelit), weiter seine goldene Uhr sammt Kette gleichfalls dem Verwalter des St. Wenzels-Strahauses.

— (Französisches Latein.) Starke Lateiner scheinen die Franzosen nicht zu sein. Das Tribunal von Alais hatte entschieden, die vom Präfecten vertriebenen dortigen Lehrbrüder wieder in den Besitz des Schullocales zu setzen, und zwar, wie der juristische Ausdruck lautet, „etiam manu militari“. Daraus fabricierte nun der „Petit Marseillais“ allen Ernstes folgende Nachricht: Auf Befehl des Gerichtes von Alais sollen die drei Schulbrüder Etiam, Manu und Militari wieder in den Besitz ihrer Schullocale gesetzt werden (sic!).

— (Verbot der Stiergefächte.) Wie der „Rappel“ zu melden weiß, haben die französischen Minister sich auch mit dem Programme beschäftigt, welches das Preßcomité für das demnächst in Paris abzuhaltende Fest zur Unterstützung der spanischen Ueberschwemmten aufgestellt hat. Sie erklärten sich mit den löblichen Anstrengungen der Blätter vollkommen einverstanden, fanden jedoch die Einwendungen, welche der Minister des Innern gegen den einen Punkt des Programmes, die Stiergefächte, erhebt, durchaus gerechtfertigt. Solche barbarische Schauspiele waren in Frankreich von jeher untersagt, und die Minister waren der Ansicht, daß das Programm des Festes reichhaltig genug wäre, um dieselben auch diesmal entbehrlich zu machen. Herr Lepère soll deshalb entschlossen sein, dem Comité die Erlaubnis zur freien Einführung der Stiere sowohl als zur Abhaltung der blutigen Spiele zu versagen.

Locales.

— (Militär-Personalveränderungen.) Der Hauptmann erster Klasse Jakob Aufbaumer des 12. Artillerieregiments wurde als invalid mit 1. Dezember d. J. in den Ruhestand versetzt. (Domicilwahl Klagenfurt.) — Der Regimentsarzt zweiter Klasse Dr. Franz Duschek des 12. Artillerieregiments wurde zum Dragonerregimente Carl Prinz von Preußen Nr. 8 und der Oberwundarzt Carl Waldbrunn vom 5. Bataillon des Pionnierregiments zum 12. Artillerieregimente übersetzt.

— (Ernennung.) Der k. k. Bergeleve der Präbramer Bergdirection Herr Johann Kavčić wurde zum Assistenten für Bergbau- und Marktscheidkunde und Aufbereitungslehre an der Leobner Bergakademie ernannt.

— (Erledigte Pfarren in Krain.) Die Pfarren Sapiana und Godowitz im Dekanate Oberlaibach, ferner die Pfarren Watsch im Dekanate Moräutisch, Theiniz im Dekanate Stein und Dobrawa im Dekanate Radmannsdorf sind in Erledigung gekommen, und zwar die beiden ersteren durch Pensionierung, die drei letzteren durch Beförderung der bisherigen Inhaber. Bewerbungsgesuche um die Pfarre Godowitz sind an das fürstbischöfliche Ordinariat in Laibach, um die Pfarre Watsch an die k. k. Forst- und Domänen-direction in Görz und jene um die drei übrigen genannten Pfarren an die k. k. Landesregierung in Laibach zu richten.

— (Rinderpest.) Die Gesamtzahl der in den verzeuchten vier Bezirken Litta, Gurkfeld, Rudolfswert und Tschernembl der Rinderpest bisher theils durch Umstehen, theils durch Keulung zum Opfer gefallenem Thiere beläuft sich auf 529 Rinder, 14 Schafe und 1 Ziege.

— (Hunde an der Leine!) Zufolge einer vom Laibacher Stadtmagistrate gestern verlaublichen Kundmachung müssen wegen der in der Ortschaft St. Veit nächst Laibach ausgebrochenen Rinderpest bis auf weiteres sämtliche Hunde im Laibacher Stadtgebiete an der Leine geführt werden. Frei umherlaufende Hunde werden vom Wafenmeister eingefangen und vertilgt.

— (Unaufgeklärter Vorfall.) Wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, wurde am 22. August d. J. bei der Einmündung des Laibachflusses in den Gruberischen Kanal eine unbekannt, bereits in vorgeschrittenem Verwesungszustande befindliche weibliche Leiche aufgefunden. Die sanitätspolizeiliche Obduction der Leiche ergab, daß sich die Verschiedene im zweiten Monate der Schwangerschaft befand. Spuren einer Gewaltthat wurden an der Leiche nicht konstatiert, und da sich überdies in den Kleidern derselben eine in schwarzlederner Brieftasche verwahrte Barschaft von ungefähr 80 fl. vorfand, so liegt die Vermuthung nahe, daß die betreffende Person, die im Alter von 25 bis 30 Jahren gestanden haben mag, falls sie nicht zufällig verunglückte, ihrem Leben absichtlich durch einen Sprung in den Laibachfluß ein Ende gemacht haben dürfte. Trotzdem nun nach der Person der vermuthlichen Selbstmörderin sofort die eingehendsten Nachforschungen gepflogen wurden, ist es sonderbarerweise bisher noch immer nicht gelungen, die Identität derselben festzustellen, so daß der vielleicht einem unglücklichen Liebesverhältnisse entsprungene tragische Vorfall bis nun noch völlig unaufgeklärt dasteht.

— (Vermuthete Brandlegung.) In dem Besitztume des Viertelhüblers Johann Ahacik in Michelstetten bei Krainburg kam am 25. v. M. um 3 Uhr morgens ein Schadenfeuer zum Ausbruche, welches das hölzerne Wohnhaus des genannten Besitzers nebst allen Einrichtungs- und Kleidungsstücken bis auf den Grund und vom anstoßenden Stallgebäude den Dachstuhl sammt Futtervorräthen und gegen 80 Hektoliter Körnerfrucht einäscherte, wodurch Johann Ahacik einen Schaden von 1300 fl. erlitt, gegen den er bei der Gesellschaft „Slavia“ bloß auf den Betrag von 500 fl. versichert war. Der Beschädigte verdächtigte inen zweiten Besitzer im Orte, mit dem er schon seit längerer Zeit in Feindschaft lebt und der angeblich auch kurze Zeit vor dem Ausbruche des Feuers eine darauf bezughabende Drohung ausgesprochen haben soll, der böswilligen Brandlegung, in Folge dessen gegen denselben die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde.

— (Ertrunken.) Der aus Wippach gebürtige 32jährige Franz Bratassovich, zuletzt als Wächter im neuen Hafen in Triest bedienstet, ist am 23. v. M. vom Molo Klutsch ins Meer gestürzt und ertrunken; sein Leichnam wurde erst am 1. d. M. aufgefunden.

— (Schadenfeuer.) In der Ortschaft Martinsbad nächst Birkniz kam am 25. v. M. um 10 Uhr abends im Heuboden des dortigen Grundbesizers und Gastwirthes Josef Premrov, vermuthlich durch die Unvorsichtigkeit eines der Dienstknechte, ein Schadenfeuer zum Ausbruche, dem außer dem gefüllten Heuboden auch das darunter befindliche Stallgebäude zum Opfer fiel. Das Vieh wurde gerettet. Die Frau und ein Sohn des Besitzers, welche einige Wagen aus dem brennenden Stalle retteten, erlitten hiebei einige Brandwunden. Der durch das Feuer angerichtete Schade wird auf 2200 fl. geschätzt, und war der Besitzer bei der Assuranzgesellschaft „Slavia“ auf den Betrag von 1000 fl. versichert.

— (Gemeindevwahl.) Bei der am 14. v. M. stattgehabten Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Godowitz wurden Johann Pagon zum Gemeindevorsteher, Josef Govekar zum ersten und Josef Gruben zum zweiten Gemeinderathe gewählt.

— (Schafdiebstahl.) Dem Grundbesitzer Anton Kalister in Furschitz im Gerichtsbezirke Illyrisch-Feistritz wurden in der Nacht zum 24. v. M. aus der versperrten Stallung 9 weiße und 3 schwarze Schafe gestohlen.

— (Felsabstürze.) In der Südbahnstation Steinbrück, woselbst vor drei Jahren die noch in aller Erinnerung stehende große Bergabstürzung erfolgte, lösten sich diefer Tage von der Abdachung hinter dem Bahnhofe mehrere Felsstücke los, die bis auf das Bahngleise und zur Save herunterfollerten und die Schienen derart verbogen, daß Reparaturen vorgenommen werden mußten. In Folge dieses Vorfalles wurden, wie man der „Presse“

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

aus Steinbrück schreibt, um den Bahnkörper für die Folge vor ähnlichen Beschädigungen zu sichern, auf der verdächtigen Bergwand Sprengungen vorgenommen, damit sich das lose Gestein oder Erdreich zeige. Trozdem ist zu befürchten, dass die nasse Bitterung so manche Stelle aufweichen und namentlich der Winter zersetzend einwirken und neue Gefahren heraufbeschwören werde.

(Tarvis-Pontebabahn.) Nur folgende österreichische Eisenbahnstationen werden einen directen Verkehr für Reisende und Frachten mit der Pontebabahn haben: Bruck (via Leoben), Feldkirchen, Friesach, Blandorf, Knittelfeld, Judenburg, Klagenfurt, Laibach, Leoben, Radmannsdorf-Lees, St. Michael, St. Veit, Tarvis, Wien und Neustadt (via Leoben) und Zeltweg. — Zwischen Pontafel und Ponteba findet kein localer Verkehr weder für Reisende noch für Frachten statt. Frachtsendungen von Oesterreich nach Italien können gleich bei der Aufgabe frankirt werden. Jedes Billet mit ganzem Tarife berechtigt zu einem Gratis-Transporte von 25 Kilogramm Reisegepäck. Wertpapiere werden von der Pontebabahn noch nicht expedirt, und müssen dieselben noch fernerhin via Cormons stradiert werden. Nur Pontafel allein ist berechtigt, Reisegepäck mit specieller Versicherung zu expedieren.

d. (Theater.) Die sogenannten gemischten Abende, welche sich früher einer besondern Beliebtheit im Publicum erfreuten, haben ihre ganze Anziehungskraft verloren, seitdem die große Operette (schon das Wort ist ein Unfuss) modern geworden ist. Auch die vorgestrige Vorstellung war schwach besucht, obwohl sie ein sehr anziehendes Programm entwickelte, und zwar in einer Weise, die jedermann zufriedenstellte. „Papa hat's erlaubt“, ein sehr heiterer Schwank von Moser und V'Arronge, machte den Anfang und versetzte das Publicum in die animierteste Stimmung. Urmüthlicher Humor, der privilegierte Vorzug des deutschen Lustspieles, ist in diese komische Mitraileuse zum Plazen geladen und eröffnet bei guter Darstellung ein lustiges Mottenfeuer von unwiderstehlicher Wirkung. Dies war auch vorgestern der Fall, die Zuhörer kamen aus dem Lachen gar nicht heraus und applaudierten mit wahrer Begeisterung.

Im bekannten, an großer Unwahrscheinlichkeit der Composition leidenden Schwank „Wer zuletzt lacht“, von Knauft, producirten sich Frau und Herr Director Ludwig sowie Frä. Bellan mit ausgezeichnetem Erfolge, indem sie für dieses Stück, welches bei halbwegs matter Scenierung sehr leicht langweilig werden kann, das lebhafteste Interesse hervorriefen.

Den Beschluß der Vorstellung machte das „Pensionat“ von Suppé. Noch niemals ist diese reizende Operette auf unserer Bühne so vollständig und in musikalischer Beziehung so gelungen aufgeführt worden als diesmal. Herr Kapellmeister Andraea hat mit dieser Scenierung abermals ein Meisterstück geliefert, ein ehrenvolles Zeugnis seiner Begabung und seines unermüdblichen Eifers. Sämmtliche Ensemblestücke, welche bei früheren Aufführungen zum größten Theile übergangen wurden, gelangten mit seltener Präcision zum Ausdruck und alle beschäftigten Kräfte zeigten eine Sicherheit, die ebenso angenehm berührt, wie sie selten an Provinzbühnen wahrzunehmen ist. Besonders hervorzuhelben sind diesfalls die Fräulein Heißig, Wildner, Juné und Blau, die ein musterhaftes Damenquartett, voll Ausdruck und Schluß, producirten und namentlich im complett durchgeführten Finale der ersten Abtheilung mit Bravour auftraten. Frä. Widemann und Herr Endresser brachten die Hauptpartien vorzüglich zur Geltung, nur hätte letzterer etwas besser und aufmerksamer spielen können. Um seine Braut zu begrüßen, muß man ihrer Freundin nicht den Spazierstock zum Halten übergeben. Frau Berthal wirkte sehr charakteristisch, Herr Mondheim übertrieb und war mehr led als komisch.

Budapest, 6. November. Das Unterhaus nahm die Dotation des Hofstaates mit überwiegender Majorität unverändert an, nur die äußerste Linke, welche im Verlaufe der Debatte Anträge auf Reduction und alljährliche Bewilligung eingebracht hatte, stimmte dagegen. — In Beantwortung einer Interpellation betreffs angeblichen Verkaufes von Staatspapieren erklärt der Finanzminister, er habe seine amtliche Stellung nicht zu eigenem Vortheile mißbraucht. Aus den mehrseitigen Erklärungen in der Presse gehe der wahre Sachverhalt hervor. Er übernehme die vollste Verantwortung.

Serajewo, 6. November. Das kaiserliche Realgymnasium und das Militär-Knabenpensionat wurden heute durch den Herzog von Württemberg feierlich eröffnet. Fünfzig Zöglinge aller Confessionen sangen die Volkshymne ab. Die anwesenden Militärs, Beamten, die Stadtvertretung von Serajewo, die Geistlichkeit aller Confessionen, der Lehrkörper und die Schuljugend brachten ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser aus.

Constantinopel, 6. November. Nachdem Salisbury vom Botschafter Musurus die Zusage der Ausführung aller von England verlangten Reformen erhielt, wurde die Entsendung des britischen Geschwaders nach Bursa contremandiert. Die Pforte studiert die demnächstige Ausführung der Reformen, ohne übereilt vorzugehen. Mithad Pascha wurde beauftragt, die Unruhen in Syrien um jeden Preis zu unterdrücken.

Prag, 5. November. (Frdbl.) Wie in akademischen Kreisen verlautet, ist die Universitätsheilung in eine czechische und eine deutsche bereits in Vorbereitung; zwei akademische Senate mit selbständigen Facultäten werden eingeführt. Beide Senate unterstehen einem Rector, der turnusmäßig gewählt wird. Die medicinische Facultät nimmt bereits die Lehrmaterialtheilung vor, über die Lehrkräfteberufung ist noch nichts Bestimmtes entschieden.

Prag, 5. November. (Presse.) Nach einer vorgestern in Prag eingetroffenen Verordnung kommen bei den Feldjägern nebst bereits angeordneten 15 Mann per Compagnie noch weitere fünf Mann für die Zeit von Ende November bis Ende März zur Beurlaubung, nebst dem per Compagnie zwei Unterjäger und zwei Patrouilleführer.

Peft, 5. November. (N. fr. Pr.) Die ungarisch-kroatischen Regnicolardeputationen setzten heute ihre Verhandlungen fort, doch kam auch heute keine Einigung zustande. Die Discussion drehte sich hauptsächlich um die Grenzeinkünfte und die kleineren Steuergattungen. Die ungarische Deputation wird Samstag eine Conferenz halten; Sonntag findet wieder gemeinsame Berathung statt.

London, 5. November. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die Pforte ersuchte den Marquis Salisbury durch den Londoner Botschafter um Informationen über die Bewegung des englischen Geschwaders bei Bursa.

London, 5. November. (Presse.) Der türkische Botschafter Musurus Pascha verständigte gestern nachmittags Lord Salisbury, daß Mahmud Nedim Pascha sich bereit erklärt habe, aus dem Cabinet zu scheiden. Auch der Premierminister Said Pascha habe dem Sultan schon sein Portefeuille zur Verfügung gestellt.

London, 5. November. (Tgpt.) Im Schoße des Cabinets sollen sehr ernste Spaltungen eingetreten sein. Lord Beaconsfield will beim Lordmayorsbanket am 9. November seinen Rücktritt anzeigen.

Madrid, 5. November. Beim Zusammentritte der Cortes erklärte der Minister des Außern, daß er kein auf die Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bezughabendes Document besitze.

Constantinopel, 5. November. (Pol. Corr.) Die Krisis infolge des Einschreitens des englischen Botschafters dauert fort. Der Sultan macht Schwierigkeiten bezüglich mehrerer Forderungen des englischen Botschafters, darunter auch wegen der von letzterem geforderten Ernennung Sabyl Paschas zum Obercommandanten der Gendarmerie. Auf der Pforte erwartete man den telegraphischen Bericht des türkischen Botschafters in London, Musurus Pascha, über eine wichtige Besprechung mit Lord Salisbury, zu welcher er von Said und Savas Pascha vorgestern angewiesen worden ist. Wegen der eingetretenen Krise ist die für den 5. November anberaumt gewesene Conferenz in der griechischen Frage vertagt worden.

Constantinopel, 5. November. Der russische Botschafter wird schon Freitag oder Samstag zurückwartet. Der Sultan hat bis dahin die Antwort auf die englische Note verschoben lassen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 6. November. Papier-Rente 68.25. — Silber-Rente 70.30. — Gold-Rente 80.25. — 1860er Staats-Anlehen 127.80. — Bank-Actien 839. — Credit-Actien 268.25. — London 116.80. — Silber —. R. f. Münz-Ducaten 5.57. — 20-Franken-Stücke 9.32 1/2. — 100-Reichsmark 57.65.

Wien, 6. November, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlußcourse.) Creditactien 268.40, 1860er Jose 128.—, 1864er Jose 159.—, österreichische Rente in Papier 68.27, Staatsbahn 267.—, Nordbahn 226.50, 20-Frankenstücke 9.32 1/2, türkische Jose 18.30, ungarische Creditactien 253.75, Lloydactien 594.—, österreichische Anglobank 134.40, Lombarden 81.—, Unionbank 93.20, Communalanlehen 113.60, Egyptische —, Goldrente 80.20, ungarische Goldrente 94.45. Geschwächt.

Angewandte Fremde.

Am 5. November. Hotel Stadt Wien. Peterka, Schmeltzer und Berck, Kaufleute, Wien. — Globočnik, Gewerksbes., f. Frau, Eisern. — Sami f. Sohn, Ferrara. Hotel Elephant. Mjöhl, Schriftsteller und Journalist, Graz. — Brudner, Rfm., Wien. — Ankeln Anna, Krain. — Zeraj, Landstraß. — Werbowag F., Hüttenverwalter, Gmünd. — Werbowag A., Privatier, Marburg. — Dolenz, Wein- und Obstbau-Schuldirektor, Slap. — Göbel f. Frau und Smrelar, Stein. Mohren. Bacher Anna und Bacher Amalia. — Petritsch, Wien. Kofall Carl und Kofall Johanna, Laibach. — Hartmann Anna, Dornegg. Baierscher Hof. Cadore, Holzhändler, Triest. — Frau Franceschi, Sissef. — Kalin, Beamter, Unterkrain.

Verstorbene.

Den 4. November. Maria Frandolik, Armenfreundin, Karlsruhlerstraße Nr. 9, Lungensödem. Den 5. November. Franz Stalar, Hutmacherssohn, 13 Tage, Florianstraße Nr. 35, Leterus malignus. — Francisca Zupandic, Schuhmacherstochter, 1 J., Alter Markt Nr. 9, Auszehrung. Im Civilspitale: Den 5. November. Maria Dsmek, Papierfabrikarbeiterin, 36 J., paralytischer Blödsinn. — Magdalena Breznik, Metallbrechergattin, 48 J., Lungentuberculose.

Theater.

Heute (gerader Tag): Ein vornehmer Schwiegersohn. Lustspiel in 4 Acten von Augier und Sandeau.

Lottoziehung vom 5. November:

Prag: 37 1 81 26 19.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Richtung des Windes, Sichtweite in Millimetern. Data for Nov 6, 7, 8.

Vormittags Nebel, nachmittags theilweise bewölkt, Sonnenschein; Abendroth, dann dichter Nebel. Das Tagesmittel der Temperatur — 1.8°, um 7.7° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsebericht.

Wien, 5. November. (1 Uhr.) Das Geschäft belebte sich, und insbesondere waren neben einigen Favoritpapieren der Speculation die Prioritäten begehr.

Table with columns: Gesh, Ware. Lists various securities like Papierrente, Silberrente, Goldrente, and various bonds.

Table with columns: Gesh, Ware. Lists Grundentlastungs-Obligationen, Aktien von Banken, and Aktien von Transport-Unternehmungen.

Table with columns: Gesh, Ware. Lists railway bonds like Ferdinands-Nordbahn, Franz-Joseph-Bahn, and others.

Table with columns: Gesh, Ware. Lists exchange rates for various locations like Gal. Carl-Ludwig-B., Oesterr. Nordwest-Bahn, and others.

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 68.35 bis 68.45. Silberrente 70.40 bis 70.50. Goldrente 80.55 bis 80.65. London 116.70 bis 116.80. Napoleons 9.32 bis 9.32 1/2. Silber 100.— bis 100.05.